

KOMME MIT LANDES-
POLITIKER*INNEN INS
GESPRÄCH

ÜBER THEMEN
DIE DICH
BEWEGEN!

JUGENDDIALOGE

WAS UNS BEWEGT

LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG



**DEIN
JUGEND-
DIALOG IN
AALEN**
23/10/2020



JUGENDDIALOG AALEN



ONLINE VIA ZOOM
ZUGANGSCODE ÜBER www.sjr-aaalen.de ODER DEN BARCODE



FREITAG, 23/10/2020



17:00 UHR bis 20:00 UHR

WEITERE INFOS
FINDEST DU HIER:



JUGENDDIALOGE

WAS UNS BEWEGT

LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG



SJR Aalen e.V. - Team

Vorstand

Vorsitzende:
Sarah Sperfeldt

Stellvertreter:
Kevin Dubina, Sarah Pörtl

Kassierer:
Dieter Noetzel

Schriftführer:
Markus Weber

BeisitzerIn:
Pascal Landsmann
Lena Senese

Geschäftsstelle

Geschäftsführerin:
Sabrina Geiger

Verwaltungsfachangestellte:
Heidi Senese

Spielmobilmanager:
Andreas Mengemann



Inhalt

Begrüßung und einleitende Worte	1
Frag eine Landtagspräsidentin – Interview mit Frau Muhterem Aras	2
Thema 1: Wählen ab 16	5
Thema 2: Jugendbeteiligung allgemein	7
Thema 3: Freiräume für Ehrenamt schaffen	8
Abschließende Worte	9
Teilnehmende Politiker*innen	10

Begrüßung und einleitende Worte

„Das Leben ist kein Wunschkonzert!“ aber „Vor der Veränderung kommt der Wunsch nach Veränderung“. Mit diesen Worten begrüßte Landtagspräsidentin Muhterem Aras die Teilnehmer des Jugenddialogs. Es sei wichtig, dass die Jugendlichen ihre Wünsche konkretisieren und benennen. Hierfür seien die Jugenddialoge ein wichtiges Instrument. Frau Aras findet auch die Arbeit in den Jugendringen hierfür wichtig. Sie selbst war bereits Vorstand im Stadtjugendring Stuttgart. Sie verspricht, die Ergebnisse des Abends mit in die Fraktionssitzungen und in den Landtag nehmen.

Beim digitalen Jugenddialog am 23.10.2020 konnte der Stadtjugendring Aalen 65 Teilnehmer begrüßen. Der Jugenddialog fand über die Plattform Zoom und mit Unterstützung des Landesjugendring sowie des Landtages Baden-Württemberg statt. Im folgenden Bericht soll ein Überblick über die wichtigsten Aussagen und Diskussionspunkte des Dialoges gegeben werden. Er soll außerdem als Arbeitshilfe dienen, um die Anliegen der Jugendlichen konkreter darstellen zu können.

Frag eine Landtagspräsidentin – Interview mit Frau Muhterem Aras

Was macht eine Landtagspräsidentin eigentlich den ganzen Tag und wie geht sie mit Problemen um, ohne die geforderte Neutralität des Amtes zu gefährden? Diesen Themen gingen die Jugendlichen mit ihren direkt an Frau Aras gestellten Fragen auf den Grund.

1) Wie gehen Sie mit schwierigen Abgeordneten um?

Für den Landtag gibt es ein spezielles Regelwerk. Dieses wird in jeder Legislaturperiode überarbeitet und neu beschlossen. Darin sind verschiedene Möglichkeiten enthalten, für Ordnung während der Sitzungen zu sorgen. Beispielsweise ist hierin die Möglichkeit zum Ordnungsruf, zum Entzug des Rederechts und zum Sitzungsausschluss geregelt.

In dieser Legislaturperiode gab es bereits sehr viele Ordnungsrufe und mehrerer Sitzungsausschlüsse. Der letzte Ausschluss davor ist ca. 25 Jahre her. Auch gab es in der letzten Periode keinen einzigen Ordnungsruf.

2) Gibt es Schulbesuche auch mit Corona und nehmen Sie etwas aus den Besuchen mit, wenn diese stattfinden?

Aufgrund der Coronapandemie, finden momentan keine Schulbesuche statt. Das ist sehr bedauerlich. Sobald es die Situation wieder zulässt und die Infektionszahlen sinken, werden die Besuche wieder stattfinden. Die Schulbesuche sind immer sehr bereichernd. Die jungen Menschen haken sehr genau nach und lassen auch bei schwierigen Themen erst locker, wenn sie eine zufriedenstellende Antwort bekommen haben.

3) Der Frauenanteil im Landtag ist sehr niedrig (ca. 25%). Wie fühlen Sie sich damit und beeinflusst dies Ihre Arbeit?

Bei Diskussionen fehlt dadurch oft die weibliche Perspektive. Auch sollte der Landtag möglichst die Gesellschaft abbilden. Dies gelingt mit diesem geringen weiblichen Anteil leider nicht. Selbst habe Sie bislang aber keine Nachteile aufgrund ihres Geschlechtes gehabt.

4) Gab es aufgrund Ihrer Herkunft Diskriminierungen und wie gehen Sie damit um?

Bislang habe sie wenig persönliche Diskriminierungen erlebt. Erst seit sie im Landtag in Baden-Württemberg tätig sei, kam es des Öfteren zu solchen Vorfällen. Manche Abgeordneten, würden sie aufgrund ihrer Herkunft nicht im Amt der Landtagspräsidentin haben wollen. Aber die Mehrheit stehe ganz klar hinter ihr!

5) Werden Sie nochmal als Landtagspräsidentin kandidieren?

Momentan ist das noch nicht absehbar. Das Vorschlagsrecht für die Präsidentschaft liegt immer bei der stärksten Fraktion. In der letzten Amtsperiode waren das erstmals die Grünen. Anschließend findet eine Wahl innerhalb der Fraktion und anschließend im Landtag statt. Deshalb ist das erste Ziel, ein möglichst gutes Ergebnis bei der Wahl 2021 zu erreichen. Deshalb ist auch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung am 14.03.2021 wichtig!

Grundsätzlich macht sie ihr Amt aber sehr gerne und mit Leidenschaft. Erstmal hofft sie im nächsten Jahr aber auf ein möglichst gutes Ergebnis in Ihrem Wahlkreis.

6) Wie stehen Sie zu alternativen Regierungskonstellationen wie bspw. Rot-rot-grün?

Da sie in ihrer Funktion als Landtagspräsidentin am Jugenddialog teilnimmt, kann sie sich hierzu nicht äußern. In dieser Funktion ist sie zur politischen Neutralität verpflichtet. Grundsätzlich gehört die Koalitionsbildung zu Demokratie und ist wichtig.

7) Es gibt wohl eine neue Partei „Klimaliste“. Für wie möglich halten Sie deren Einzug in den Landtag?

Im Landtag ist es wichtig, sich mit möglichst vielen Themen zu befassen und auseinander zu setzen. Deshalb ist es schwierig, wenn man sich auf ein Thema komplett fokussiert. Auch wenn es ein sehr wichtiges Thema wie das Klima ist.

8) Wie gestaltet sich der Wahlkampf in der Pandemiesituation da vor allem der persönliche Kontakt fehlt?

Diese Frage stellen sich momentan alle Parteien in allen Wahlkreisen. Voraussichtlich wird es mehr kleinere Veranstaltungen geben. Außerdem wird auch digital einiges stattfinden.

Thema 1: Wählen ab 16

Die meisten Parteien finden es wichtig, dass das Wahlalter gesenkt wird. Dies sei auch durch Fridays for Future deutlich geworden. Außerdem sei es schwer erklärbar, warum auf kommunaler Ebene bereits ab 16 Jahre gewählt werden darf und auf Landes- und Bundesebene noch nicht. Ein großes Thema in diesem Zusammenhang war das "Familienwahlrecht". Wenn Wählen ab 16 durchgesetzt wird, ist vor allem die politische Bildung der Jugendlichen wichtig, um ihnen das nötige "Handwerkszeug" an die Hand zu geben und eine Übersicht über die Parteien schaffen zu können. Es gibt von den Jugendlichen aus keinen Zusammenhang zwischen Alter und politischer Bildung. Auch über 18-Jährigen fehlt zum Teil die politische Bildung. Gemeinsam soll die Demokratie gelebt werden und hierfür gehören auch die 16-Jährigen hinzu.

Bündnis 90/Die Grünen argumentiert für die Senkung des Wahlalters auf Landesebene, mit der hohen Beteiligung der Jugendlichen bei den Kommunalwahlen. Hier wird eine Verknüpfung mit politischer Bildung und hierfür eine Zusammenarbeit mit den Schulen für wichtig empfunden. Dies sei wichtig, damit die Jugendlichen fundierte, politische Entscheidungen treffen können.

Die Linke ist auch für ein Wahlrecht ab 16. Die Jugendlichen hätten eine große Wandlung gemacht. Früher gab es eher wenig Beteiligung, jetzt wollen die Jugendlichen eine Stimme und gehen dafür auf die Straßen. Deshalb führe an der Senkung des Wahlalters kein Weg vorbei. Es sei zudem schwierig, den Jugendlichen zu erklären, warum es auf der

Kommunalebene bereits möglich ist mit 16 zu wählen, es aber auf höheren Ebenen nicht gehen soll. Jugendliche müssten ihre Zukunft selbst mitgestalten können. Politische Bildung sei hierfür wichtig, um entsprechendes „Handwerkszeug“ an die Hand zu bekommen.

Der Landesjugendring bemerkt zu diesem Thema, dass 50% der Wähler gerade über 60 Jahre alt seien. Auf diese würden sich viele konzentrieren. Aber es wäre doch sinnvoller sich auf die zu konzentrieren, die noch viel mehr Wahlperioden vor sich haben. Politische Bildung darf hierfür nicht ausschlaggebend sein. Schließlich wird diese auch bei den Ü18-jährigen nicht überprüft. Warum soll dies dann Voraussetzung für U 18 Wähler sein?!

Die CDU ist gegen eine Absenkung des Wahlalters. Dies hat aber formale Gründe. Volljährigkeit beginnt nun mal erst mit dem 18. Lebensjahr. Das Strafrecht dehnt das Jugendstrafrecht sogar bis zum 25. Lebensjahr aus, weil die geistige Reife nicht gesehen wird. Beteiligung ist wichtig, aber nicht einfach durch Senkung des Wahlalters.

Die SPD bemerkte, dass die Absenkung des Wahlalters innerhalb der Partei nicht unumstritten sei. Religionsmündigkeit beginne schon seit Jahren mit dem 14. Lebensjahr.

Wichtig sei aber auch, dass die Menschen (egal in welchem Alter) ihr Recht zu wählen überhaupt wahrnehmen. In vielen anderen Ländern kämpfen die Menschen dafür wählen zu dürfen und riskieren dafür ihre Freiheit und ihr Leben!

Thema 2: Jugendbeteiligung allgemein

Es reicht nicht, nur einen Jugendgemeinderat einzurichten. Dieser bräuchte Stimmrecht in den jeweiligen Gremien. Die Rechte müssen vorab geklärt werden. Wichtig ist es, die Jugendlichen abzuholen und sie in die Planung der Beteiligungsprozesse und Beteiligungsinstrumente mit einzubeziehen.

Die SPD findet, dass man die Jugendlichen abholen muss und sie in die Planung der Beteiligungsprozesse und -instrumente mit einbezogen werden müssen.

Auch die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen halten es nicht für sinnvoll, einfach einen Jugendgemeinderat ein zu richten. Es müssten zunächst die genauen Strukturen sowie Recht und Pflichten festgelegt werden. Unterschiedlich ist die Meinung zum Stimmrecht im Gemeinderat. Hier spricht sich die Linke eindeutig dafür aus. Von Seiten der Grünen ist ein solches nicht zwingend notwendig, um den Einfluss der Jugendlichen zu gewährleisten.

Die CDU hält einen Jugendgemeinderat zum Teil für sinnvoll, da hier Themen besprochen werden, die sonst nicht angesprochen werden. Ein Stimmrecht wird als schwierig angesehen, da die Themen oft sehr komplex seien und eine gute Einarbeitung erforderten. Hierfür sei die Zeitspanne dieser Räte oft zu kurzlebig.

Thema 3: Freiräume für Ehrenamt schaffen

Ehrenamt ist für die Gesellschaft, die Politik und die Demokratie sehr wichtig, das hat unter anderem auch die Flüchtlingskrise gezeigt. Im Ehrenamt kann man viel für das Leben lernen. 5 Tage Sonderurlaub für Freizeiten oder Ähnliches sind zu wenig, da die meisten Ferienfreizeiten meist länger dauern. Hier sollte man sich überlegen, ob diese Regelung nicht weiter ausgebaut werden kann. Grundsätzlich sollte das Ehrenamt mehr und besser gefördert werden. Ohne Ehrenamt geht es nicht. Bildungsurlaub ist gut, aber auch den Azubis sollte dieser jährlich für mindestens 5 Tage zustehen! Das Ehrenamt sollte allgemein mehr und besser gefördert werden.

Die CDU gibt an, dass im Ehrenamt auch viel für die späteren beruflichen Wege gelernt werden kann. Es sollte deshalb auch weiter gefördert werden. Das ehrenamtliche Engagement wird für die Politik, die Demokratie und das Funktionieren der Gesellschaft unbedingt benötigt.

Abschließende Worte

Mit vielen positiven Stimmen konnte der erste digitale Jugenddialog in Aalen abgeschlossen werden. Wir hoffen, dass die Befürchtungen der Jugendlichen nicht eintreten und die Politiker die Anregungen und guten Vorsätze auch nach den Wahlen 2021 weiter im Blick behalten.

Passend hierzu möchten wir noch Herrn Winfried Mack MdL (CDU) zitieren: „Es gibt noch viel zu tun - packen wir es gemeinsam und parteiübergreifend an!“ Natürlich ist der Stadtjugendring Aalen als neutrale Institution immer bereit, dieses Vorhaben tatkräftig zu unterstützen, denn wir müssen die Demokratie leben - tagtäglich aufs Neue!

Abschließen wollen wir mit einem wichtigen Appell der Landtagspräsidentin Frau Muhterem Aras: „Bitte beteiligt Euch und geht wählen. Eine Wahlbeteiligung von 75% wäre ein super Ziel!“

Teilnehmende Politiker*innen

Muhterem Aras MdL	Fraktion GRÜNE Landtagspräsidentin
Winfried Mack MdL	CDU-Fraktion stv. Fraktionsvorsitzender
Andreas Kenner MdL	SPD-Fraktion Wahlkreis Kirchheim
Jutta Niemann MdL	Fraktion GRÜNE Wahlkreis Schwäbisch Hall
Oliver Hildenbrand	Kandidat GRÜNE GRÜNEN-Landesvorsitzender
Silke Gericke	Kandidatin GRÜNE Wahlkreis Ludwigsburg
Max Girrbach	Kandidat GRÜNE Wahlkreis Ludwigsburg
Kathinka Kaden	Kandidatin GRÜNE Wahlkreis Geislingen
Martina Häusler	Kandidatin GRÜNE Wahlkreis Schwäbisch Gmünd
Justin Niebius	Kandidat DIE LINKE
Alexander Asbrock	Kandidat GRÜNE
Markus Schmid	Kandidat SPD Wahlkreis Aalen
Chris-Robert Berendt	FDP
Daniela Toscano	Zweitkandidatin GRÜNE Wahlkreis Böblingen
Susanne Kempf	Zweitkandidatin LINKE Wahlkreis Aalen
Christian Zeeb	Kandidat LINKE Wahlkreis Gmünd
Sören Weber	LINKE Wahlkreis Waiblingen

Hüseyin Sahin	LINKE Wahlkreis Kirchheim
Anil Besli	Kandidat LINKE Wahlkreis Nürtingen
Martin Auerbach	Kandidat LINKE Wahlkreis Esslingen
Pierre Orthen	Zweitkandidat SPD Wahlkreis Waiblingen
Isabell Rathgeb	CDU-Kandidatin Wahlkreis 22 – Schwäbisch Hall
Raimund Haser	Abgeordneter CDU
Ruth Schagemann	CDU-Kandidatin Wahlkreis I Stuttgart
Heike Brucker	CDU Aalen
Bürgermeister Karl-Heinz Ehrmann	Bürgermeister Stadt Aalen